

Mit Familienpolitik aus der Wirtschaftskrise

In Ausgabe 4/2004 des freien Wählers haben wir erstmals das neue FW-Schwerpunktthema Familie aufgegriffen und die Bildungspolitik unter dem Aspekt der Familie beleuchtet. Heute wollen wir unter anderem erste Vorschläge für den Umbau des Steuer- und Sozialabgabenrechts vorstellen, die der FW-Landesvorstand den Delegierten auf der letzten Versammlung in Ingolstadt zur Diskussion gestellt hat.

Familienpolitik als Wahlkampfthema

Die Parteien haben inzwischen die Familienpolitik als Thema für den Bundestagswahlkampf entdeckt. Das kündigen die großen Parteien in ihren Wahlprogrammen an:

SPD

- Umwandlung des bisherigen Betreuungsgeldes in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion
- Bündelung von Leistungen für Familien in einer Familienkasse
- Mehr Betreuung für Unter-Drei-Jährige
- Schaffung von bundesweit 230.000 zusätzlichen Tagesbetreuungsplätzen in Kindergärten, Krippen und in der Tagespflege
- schrittweise Gebührenfreiheit für Kindertagesstätten
- gemeinsame Bildungsstandards und -ziele für Kindergärten
- gezielte Sprachförderung im Vorschulalter
- Ausbau des Angebots an Ganztages-schulen

CDU/CSU

- Einführung eines Kinderfreibetrags in Höhe von 8.000 Euro bei der Einkommenssteuer
- Kinderbonus von 50 Euro pro Monat als Beitragsermäßigung bei der Rentenversicherung
- beitragsfreie Versicherung aller Kinder in der Krankenversicherung
- Ausbau der Kinderbetreuung
- Förderung von Teilzeitbeschäftigung

Zuerst ist jedoch ein Blick auf die demographische Entwicklung in Deutschland notwendig. Jedes Jahr werden in Deutschland 400.000 Kinder zu wenig geboren. Die Geburtenrate liegt heute in unserem Land bei 1,4 Kindern pro Frau. Zur Sicherung der Einwohnerzahl wäre aber eine Geburtenrate von 2,1 Kindern pro Frau notwendig. Die Folge des ausbleibenden Kindersegens ist eine zunehmend überalterte Bevölkerung. In den nächsten Jahrzehnten wird sich diese Entwicklung noch verschärfen: Dann stehen immer weniger Kindern immer mehr ältere Menschen gegenüber.

Bleibt es bei einer Geburtenrate von 1,4 Kindern pro Frau, wird die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland von heute 82 Millionen Menschen auf nur noch 54 Millionen im Jahr 2050 sinken. Für Bayern würde diese anhaltend niedrige Geburtenrate bedeuten: Im Jahr 2050 werden im Freistaat 38 Prozent der Bevölkerung über 60 Jahre alt sein, 46 Prozent zwischen 20 und 60 Jahre, aber nur noch 16 Prozent unter 20 Jahre! Unter der sich abzeichnenden Entwicklung ist unser Wohlstand in der bisherigen Form nicht mehr zu sichern. Nicht zuletzt die Renten werden unbezahlbar! Hilft Zuwanderung? Nicht wirklich. Denn selbst bei 200.000 Zuwanderern pro Jahr würde die Bevölkerungszahl in unserem Land bis zum Jahr 2050 auf 70 Millionen Menschen sinken. Würde durch die Zuwanderung nur ein Plus von 100.000 Menschen pro Jahr verzeichnet, so würde die Bevölkerung bei anhaltend niedriger Geburtenrate sogar auf nur 65 Millionen Menschen absacken. Eine Zuwanderung von außen kann den Effekt des demographischen Wandels also bestenfalls bremsen, aber in keinem Fall aufhalten.

Auswirkungen auf die Kommunen

Der demographische Wandel wird auch tiefgreifende Auswirkungen auf unsere Kommunen haben. Das Steueraufkommen und damit der Steueranteil der Kommunen wird sinken. Gebühren, Beiträge und Ent-

gelte werden zurück gehen – und müssen dann erhöht werden, da die Kosten für bestehende Einrichtungen und die vorhandene Infrastruktur von immer weniger Menschen zu tragen sein werden. Der Finanzausgleich zwischen reichen und armen Kommunen sowie die staatlichen Zuschüsse an die Kommunen werden erlahmen, weil immer weniger Geld da sein wird, das verteilt werden kann.

Die räumliche Entwicklung wird massiv leiden. Die Bevölkerungsentwicklung wird bei Planung und Infrastruktur ein großes Umdenken erfordern. Baugebiete sind nur noch bei echtem Bedarf auszuweisen und müssen familienfreundlich gestaltet werden. Gleichzeitig müssen innerstädtische Bereiche und alte Ortskerne wieder belebt werden. Einrichtungen werden sich möglicherweise als unrentabel erweisen und müssen geschlossen werden. Kleinere und effizientere Einheiten werden sie ersetzen. Nicht ausgelastete Einheiten sind eventuell zu zentralisieren.

Konzentrationsprozesse sind unvermeidlich

Weniger Kinder werden auch weniger Kindergärten und Schulen benötigen. Auf der anderen Seite wird der Bedarf an Senioreneinrichtungen und seniorengerechten Wohnformen steigen. In unseren Krankenhäusern werden überwiegend Krankheiten des Alters behandelt werden. Hier werden Konzentrationsprozesse unvermeidbar sein, so dass nur mehr ein Teil unserer heutigen Krankenhäuser existieren wird. Die Versorgung mit Wasser und Energie, der Betrieb von Kanalisation und Kläranlagen sind Aufgaben, die sich auch in Zukunft stellen werden. Die Kosten dafür müssen aber von immer weniger Menschen aufgebracht werden. Somit wird die finanzielle Belastung für jeden einzelnen steigen. Auch das Verkehrswesen muss den geänderten Anforderungen Rechnung tragen. Zwar ist der Mensch der Zukunft noch mobiler, aber der öffentliche

Personennahverkehr muss erst familien- und seniorengerecht ausgebaut werden.

Familien mit Kindern müssen gefördert werden, um den verhängnisvollen demographischen Trend umzukehren. Dabei ist eine familienfreundliche Politik so zu gestalten, dass Eltern aufgrund ihres Kinderwunsches nicht unter die Armutsgrenze fallen. Zwei Kinder kosten Eltern heute bis zu ihrer Selbstständigkeit etwa 600.000 Euro. Im Durchschnitt müssen Eltern für ihre Kinder auf rund 15 Jahresgehälter verzichten. Weil durch die Kindererziehung zumindest zeitweilig ein Gehalt wegfällt, auf der anderen Seite aber zusätzliche Kosten entstehen, droht Familien mit mehreren Kindern zunehmend finanzielle Armut. Wer Kinder erzieht, zahlt zudem weniger in die Rentenversicherung ein und bekommt damit auch später weniger Rente. Für Frauen, die sich für Kinder entscheiden, verschlechtern sich zudem häufig die Karrierechancen.

Schnelles und entschiedenes Handeln ist angesichts der dramatischen Entwicklung unverzichtbar. Die Freien Wähler setzen dabei auf ein klares Ja zu Familie und Kindern!

Lösungsansätze

Einführung eines Erziehungsgehaltes

Die Freien Wähler sprechen sich für die Einführung eines Erziehungsgehaltes aus. Denkbar ist ein Erziehungsgehalt von ca. 1.000 Euro pro Monat für jedes Kind in den ersten drei Lebensjahren. Dieses Gehalt wird gezahlt, wenn ein Elternteil zu Hause bleibt. Das Gehalt ist Ausdruck der Wertschätzung, dass ein Elternteil die Erziehung der Kinder übernimmt. Es ist sozialversicherungspflichtig auszugestalten und fließt so zum Beispiel auch in die spätere Rente ein. Ebenso ist das Erziehungsgehalt einkommenssteuerpflichtig. Durch die Steuerpflicht wird der sozialen Komponente individuell Rechnung getragen.

Umbau des Steuersystems

Wir machen uns stark für Familiensplitting. Das heißt: Wer mehr Kinder hat, zahlt weniger Steuern. Dabei werden zwei Kinder wie ein Erwachsener gezählt. Damit werden kinderreiche Familien deutlich entlastet. Die Vorteile des Familiensplittings liegen auf der Hand: je mehr Kinder in einer Familie, desto weniger Steuern sind zu zahlen. Eltern haben sofort mehr Geld zur Verfügung – für sich und ihre Kinder.

Das Familiensplitting ist leicht verständlich und durchführbar. Familiensplitting ist gerecht! Das Familiensplitting soll erst ab zwei Kindern greifen, weil das Ziel lautet: Zwei und mehr Kinder pro Familie!

Anpassung der Sozialversicherung

Wir müssen Missstände schnellstens beheben. Etwa, dass Kinderlose mehr Rente als Menschen mit Kindern bekommen, weil sie mehr in die Rentenversicherung einzahlen können. Oder aber, dass Kinderlose weniger Opfer bringen müssen, damit die Rente finanzierbar bleibt. Ein Anfang ist bei der Pflegeversicherung bereits gemacht. Das ist aber nicht genug. Auch die Rentenversicherung muss mit höheren Beiträgen oder Kürzungen für Kinderlose folgen.

Einführung einer Family-Card

Die Family-Card verlangt ein Bündnis mit der Wirtschaft. Damit sollen Familien mit zwei oder mehr Kindern Vergünstigungen bei Einkäufen (zum Beispiel von Lebensmitteln oder Bekleidung), aber auch bei Eintritten und Fahrpreisen gewährt werden.

Betreuung

Wir setzen uns für ein durchgängiges Betreuungsnetz ein, das eine Betreuung der Kinder von klein auf gewährleistet. Dieses umfasst Kinderkrippen für Kinder von null bis drei Jahre, Kindergärten für Kinder bis fünf Jahre und ein Vorschuljahr als Pflichtjahr für alle Kinder. Die Angebote zur Ganztagsbetreuung müssen ausgebaut werden. Und das bei Entgelten, die nach der Zahl der Kinder gestaffelt sind: Je mehr Kinder in einer Familie, desto weniger müssen die Eltern pro Kind bezahlen. Wir fordern für unsere Kinder eine rundum gute Betreuung!

Gegenfinanzierung

Zur Finanzierung der genannten Maßnahmen sind alle gefordert: Bund und Länder, die Kreise, Städte und Gemeinden, aber auch die Wirtschaft. Gelingt es uns, die Geburtenrate zu steigern und damit die Bevölkerung stabil zu halten, ist schon ein Teil der Gegenfinanzierung gesichert. Denn Kinder sind ein Wirtschaftsfaktor - je mehr Kinder, desto größer die Nachfrage. Subventionen müssen abgebaut werden – kein Bereich darf dabei tabu sein! Abgabenerhöhungen werden nicht zu vermeiden sein, aber sie sind familienfreundlich vorzunehmen. Wer keine Kinder hat, bezahlt mehr. Auch über eine moderate Anhebung der Mehrwertsteuer muss diskutiert werden. Im Gegenzug wird der ermäßigte Steuersatz nach familienfreundlichen Gesichtspunkten überprüft und auf den gesamten täglichen Bedarf ausgedehnt. Auch dies würde Familien unmittelbar entlasten. Die Family-Card verlangt schließlich nach einem Bündnis mit der Wirtschaft und wird von dieser finanziert.

Keine Frage – die Förderung unserer Familien kostet Geld. Ein Verzicht auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Familien mit Kindern aber kostet die Zukunft unseres Landes.

ÜB Dachau ehrt Dr. Lorenz Reitmeier mit Kron-Maus-Kulturpreis



ÜB-Stadtrat und Kulturreferent Claus Weber gratulierte dem sechzehnten Preisträger des Kron-Maus-Kulturpreises, OB a.D. Dr. Lorenz Reitmeier, zusammen mit dem ÜB-Vorsitzenden Rainer Rösch (von links nach rechts).

Mit dem Kron-Maus-Kulturpreis hat die Überparteiliche Bürgergemeinschaft Dachau e.V. (ÜB) heuer bereits zum 16. mal Persönlichkeiten und Vereine geehrt, die sich in besonderer Weise um das Dachauer Kulturleben verdient gemacht haben. Der diesjährige Preisträger ist Dr. Lorenz Reitmeier, der von 1966 bis 1996 ununterbrochen die Geschicke der Stadt zunächst als parteiloser und von der ÜB unterstützter Erster Bürgermeister, später dann als hauptamtlicher Oberbürgermeister lenkte.

Ab September neue BKB-Geschäftsstelle

Ab 1. September bezieht das BKB seine neue Geschäftsstelle in Thurnau (Oberfranken). Die neue Postadresse der Geschäftsstelle lautet dann Marktplatz 7, 95349 Thurnau. Über die neue Telefon- und Faxnummer der BKB-Geschäftsstelle informieren wir sie im nächsten freien Wähler oder in Kürze auf der Homepage des BKB (www.bkb-bayern.de).

Die bisherige Geschäftsstelle in Marktheidenfeld ist noch bis 15.8.2005 geöffnet. Von 16.8. bis 31.8. ist die Geschäftsstelle wegen Urlaubs geschlossen.

Bitte beachten Sie auch folgende organisatorischen Änderungen:

- Die Arbeitsmappe des BKB musste eingestellt werden.
- Ehrungen des FW-Landesverbandes in Gold, Silber oder Bronze für verdiente FW-Vereinsmitglieder sind nicht mehr beim langjährigen FW-Landesgeschäftsführer Klaus Förster, sondern bei der Landesgeschäftsstelle der Freien Wähler Bayern, Tsingtauer Straße 44 b, 81827 München, Telefon 0 89 - 43 73 91 85, Fax 0 89 - 43 73 92 11, Email gstelle@freie-waehler.de, zu beantragen. Dort erhalten Sie auch die aktuelle Ehrungsordnung sowie Ehrungsanträge.

Freie Wähler besuchen Bezirkskrankenhaus Rehau

Von Klaus Förster, stellvertretender BKB-Vorsitzender

Das Bezirkskrankenhaus Rehau ist sowohl wirtschaftlich als auch fachlich gut für die Zukunft aufgestellt. Das erfahren rund 30 Mandatsträger der Freien Wähler aus ganz Oberfranken bei einer Informationsveranstaltung ihres kommunalpolitischen Bildungswerkes vor Ort. Seit 1. Januar 2005 werden die vier Krankenhäuser des Bezirks Oberfranken in Rehau, Bayreuth, Kutzenberg und Hochstadt sowie die Pflegeheime in Bayreuth und Kutzenberg als Kommunalunternehmen wie ein Wirtschaftsbetrieb geführt, erläuterte Vorstand Bruno Harmuth. Ungehalten zeigte sich Harmuth über das jahrelange Gezerre um die geplante Tagesklinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Region Hochfranken. Für diese besteht bekanntlich dringender Bedarf. „Der Bezirk Oberfranken könnte seit drei Jahren eine solche Einrichtung in Rehau vorhalten,“ so der Krankenhauschef. Mit der Privatisierung des Hofer Klinikums waren die Bemühungen für eine Ansiedlung ins Stocken geraten. Mit einer erfreulichen Botschaft schloss Harmuth seine Ausführungen ab: Es sei geplant, in den kommenden Jahren mindestens 1,2 Millionen Euro im Bezirkskrankenhaus Rehau zu investieren.

Als Vertreter des Bezirkstagspräsidenten Denzler stand der Chef der Bezirksverwaltung, Leitender Regierungsdirektor Rudolf Burger, den Besuchern Rede und Antwort. Auf die kritische Anmerkung des Kreisvorsitzenden der Freien Wähler Wunsiedel, Dr. Klaus von Stetten, dass viele oberfränkische



FW-Bezirksvorsitzender Klaus Förster (2. v. l., daneben Chefarzt Dr. Franz) und rund 30 FW-Mandatsträger aus Oberfranken konnten sich bei der BKB-Veranstaltung aus erster Hand über die Entwicklung des Bezirkskrankenhauses Rehau informieren.

Landkreise nicht mehr in der Lage seien, weitere Erhöhungen der Bezirksumlage zu bezahlen, warnte Burger vor einer Klage beim bayerischen Verwaltungsgericht. Ein geschlosseneres Auftreten der kommunalen Familie in dieser Frage sei aus seiner Sicht wichtiger. Dem entgegnete von Stetten, dass die Volksvertreter im Bezirkstag eine weitere Erhöhung beim Haushalt 2006 ablehnen müssten, um die Staatsregierung zu einer gerechten Finanzausstattung der Bezirke zu zwingen.

Burger ging auf Anfrage auch auf die geplante Verlagerung der Hilfe zur Pflege auf die Landkreise und kreisfreien Städte ein. Derzeit würde die Abwicklung von 33 Spezialisten beim Bezirk erledigt. Diese müssten dann in Oberfranken auf neun Landkreise und vier kreisfreie Städte verteilt werden. Vor Ort müsse dann mit Trägern der

Pflegeeinrichtungen verhandelt werden, die zum Teil landesweit tätig seien. Ein Mehraufwand an Verwaltungsarbeit, verbunden mit Unstimmigkeiten und Verzögerungen, sei vorprogrammiert. „Wer nach der Abschaffung der Bezirksverwaltungen ruft, muss sich auch über die konkreten Folgen im Klaren sein“, resümierte Burger.

Weitere Investitionen geplant

Der anschließende Rundgang durch die einzelnen Abteilungen der Klinik bot den Besuchern Einblick in ein kleines, aber hochmodernes Haus mit angenehmer Atmosphäre und einem vielfältigen Spektrum an Therapiemöglichkeiten. Neben der medizinischen

Versorgung wird den Patienten unter anderem fachmännisch begleitete Therapie in den Bereichen Musik, gestaltende Kunst, Holzbearbeitung und EDV geboten. Im Abschlussgespräch warnte Chefarzt Dr. Franz davor, dass eine derzeit diskutierte einheitliche Krankenversicherung auf niedrigem Leistungsniveau die Kosten für eine qualitativ gute, fachpsychiatrische Therapie unerschwinglich machen könnte.

Klaus Förster, stellvertretender Vorsitzender des Bildungswerkes, bedankte sich für den umfassenden Blick hinter die Kulissen des Bezirkskrankenhauses. Die Freien Wähler hätten sich von der Effektivität des kommunalen Unternehmens Bezirksklinken überzeugen können und seien von der fachlichen Qualität, die in Rehau geleistet werde beeindruckt, so Förster. Die Mandatsträger seien nun bei künftigen Diskussionen zu diesem Thema bestens gerüstet.

Emmeran Meyer feierte 75. Geburtstag

Der langjährige schwäbische Bezirksvorsitzende Emmeran Meyer feierte seinen 75. Geburtstag. Der Realschulrektor a.D. und FW-Ehrenvorsitzende von Schwaben prägte von 1984 bis 2000 als Vorsitzende die Entwicklung der schwäbischen Freien Wähler, die er in einem Bezirksverband organisierte und im FW-Landesverband zusammenführte. In Monheim (Landkreis Donau-Ries), wo er seit den 60er Jahren für die Freien kommunalpoli-

tisch tätig war, bekleidete er von 1978 bis 1984 das Amt des Ersten Bürgermeisters. Von 1972 bis 2002 gehörte dem Kreistag des Landkreises Donau-Ries an, dessen stellvertretender Landrat er war.

Zu seinem Festtag gratulierten ihm sein Nachfolger als schwäbischer Bezirksvorsitzender, Josef Rid, sowie BKB-Bildungsleiterin Waltraut Wellenhofer und FW-Bezirksgeschäftsführer Karl-Ulrich Hägele herzlich im Namen aller Freien Wähler.



Zu seinem 75. Geburtstag gratulierten dem Jubilar Emmeran Meyer (2. v. r. mit Gattin) BKB-Bildungsleiterin Waltraut Wellenhofer, der schwäbische FW-Bezirksvorsitzende Josef Rid und der Bezirksgeschäftsführer Karl-Ulrich Hägele.

SEMINARKALENDER 2/2005

Termin	Referent	Thema	Veranstaltungsort
September			
23.9.	Fr Graubmann	Jugendarbeit in den Kommunen	Unterfranken Gemünden
24.9.	Sa Kaim	Rhetorik	Schwaben
30.9.	Fr Haller	Mobilfunk und Sendemasten	Mittelfranken
30.9.	Fr Stallmeister	Kommunalmarketing	Unterfranken West
Oktober			
1.10.	Sa Taubmann	Straßenausbaubeiträge	Oberpfalz
1.10.	Sa A. Schmitz	Kommunikationstraining: Präsentation und öffentlicher Auftritt (Teil 2)	Niederbayern Bad Abbach
7.10.	Fr Stallmeister	Kommunalmarketing	Oberbayern Ost
8.10.	Sa Stallmeister	Modernes Kommunalmanagement	Oberbayern West Planegg-Martinsr.
8.10.	Sa Meyer	Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Oberfranken
14.10.	Fr Taubmann	Kommunales Abgabenrecht	Unterfranken West
15.10.	Sa Meyer	Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Schwaben
15.10.	Sa Wagner	Die Bayerische Bauordnung	Niederbayern Bd. Bimbach/Rott.
21.10.	Fr Taubmann	Die erfolgreiche Präsentation der eigenen Person	Unterfranken Gemünden
22.10.	Sa Schneider	Dorferneuerung in Theorie und Praxis	Mittelfranken
22.10.	Sa Wamser	Grundlagen des Beitrags- und Gebührenrechts/Kommunalabgabenrechts	Oberpfalz
29.10.	Sa Wagner	Die Bayerische Bauordnung	Schwaben
29.10.	Sa Meyer	Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Unterfranken-Ost
29.10.	Sa A. Schmitz	Kommunikationstraining: Präsentation und öffentlicher Auftritt (Teil 1)	Niederbayern Schöllnach
November			
11.11.	Fr		
12.11.	Sa Peetz	der kommunale Haushalt – ein wichtiges Instrument	Oberpfalz
12.11.	Sa Kolenda	Kommunales Haushaltsrecht	Niederbayern Neuhausen/Offenb.
12.11.	Sa Graubmann	Jugendarbeit	Unterfranken West
18.11.	Fr Stock	Mobilität in Städten	Mittelfranken
18.11.	Fr Taubmann	Kommunales Abgabenrecht – Straßenausbaubeitrag	Oberbayern Ost
18.11.	Fr Stallmeister	Die kommunalpolitische Arbeit zwischen den Wahlen	Oberfranken
19.11.	Sa Kaim	Rhetorik	Schwaben
19.11.	Sa Meyer	Bayerisches Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz	Oberpfalz
25.11.	Fr Taubmann	Das neue Steuerungsmodell	Unterfranken Ost
26.11.	Sa Peetz	Die örtliche Rechnungsprüfung	Niederbayern Raum Viechtach

Bitte beachten Sie, dass sich an unserem Seminarangebot kurzfristig Änderungen ergeben können. Die aktuelle Übersicht über die BKB-Seminare erhalten Sie auf unserer Homepage www.bkb-bayern.de. Auch die kleinen, regionalen Seminare mit einer Dauer von etwa 2 Stunden finden Sie dort verzeichnet. Selbstverständlich haben Sie die Möglichkeit, sich direkt auf unserer Homepage für ein Seminar anzumelden.